

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Erster Teil	
Analyse der Gründung von Stiftungen bürgerlichen Rechts durch juristische Personen öffentlichen Rechts	4
A. Stiftungsbegriff und Abgrenzung der Stiftung privaten Rechts von der Stiftung öffentlichen Rechts sowie die Bedeutung der Motive des hoheitlichen Stifters	4
I. Abgrenzung der Rechtsformen nach dem Bundesverfassungsgericht	5
II. Die staatliche Stiftung nach Kilian	6
B. Die Bedeutung der Motive des öffentlich-rechtlichen Stifters beim Gründungsvorgang	6
I. Motive in der geschichtlichen Entwicklung der Stiftungszwecke und die damit korrespondierenden unterschiedlichen staatlichen Einflussnahmen auf Stiftungen	7
II. Gegenwärtige Motive der öffentlichen Hand zur Gründung von Stiftungen bürgerlichen Rechts	9
1. Organisationsentscheidung der öffentlichen Hand bei der Wahl der Rechtsform der Stiftung des bürgerlichen Rechts	11
a. Verlagerung staatlicher Aufgaben	11
b. Verlagerung von kommunalen Aufgaben	13
c. Aufgabenverlagerungen anderer Körperschaften öffentlichen Rechts	14
2. Errichtung einer Stiftung privaten Rechts aus sozialen Zwecken für den sogenannten dritten Sektor als Gründungsmotiv der Öffentlichen Hand	14
3. Fördermöglichkeiten und EU-Beihilferecht	15
III. Zwischenergebnis	15

C.	Öffentlich-rechtliche Organisationsmodelle von Stiftungen Bürgerlichen Rechts	16
I.	Konkrete Gründungsmotive juristischer Personen des öffentlichen Rechts	16
1.	Verwirklichung staatspolitischer Ziele in der Handlungsform der Stiftung bürgerlichen Rechts am Beispiel der sächsischen Stiftung Innovation und Arbeit (IAS)	16
2.	Übertragung kommunaler Aufgaben	18
a.	Stiftung Innovation und Technologietransfer der Stadt Leipzig	19
b.	Stiftung Standortsicherung des Kreises Lippe	20
c.	Stiftung Völkerschlachtdenkmal Leipzig	20
3.	Schaffung neuer gesellschaftlicher Aufgaben am Beispiel der Niedersächsischen Umweltstiftung	21
4.	„Privatisierung“ von Aufgaben durch Staat und Kommune	21
a.	Privatisierung durch die Errichtung der Stiftung „Deutsches Hygienemuseum“	21
b.	Gründungsmotive bei der Errichtung der Stiftung Schloss Friedenstein, Gotha	23
5.	Errichtung der Stiftung Wald für Sachsen	24
6.	Körperschaftliche Gründungsmotive	25
a.	Motive bei der Errichtung der Lavesstiftung	25
b.	Stiftung „Apollonia zu Münster – Stiftung der Zahnärzte Westfalen-Lippe“	26
c.	Stiftung der Sächsischen Ingenieurkammer „Sachsen, Land der Ingenieure“	26
II.	Zwischenergebnis	27
III.	Umsetzung der Gründungsmotive im jeweiligen Stiftungsgeschäft	28
1.	Zivilrechtliche Vorgaben an die Ausgestaltung der Stiftungszwecke	28
a.	Die Anforderungen an die Ausgestaltung der Stiftungszwecke	28
b.	Stiftungszwecke der Stiftung Innovation und Arbeit	30
c.	Stiftungszwecke der Stiftung Deutsches Hygienemuseum	30
d.	Stiftungszwecke der „Stiftung Schloss Friedenstein Gotha“	31
e.	Umsetzung der Gründungsmotive der kommunalen Stiftungen in den Stiftungszwecken	31
f.	Umsetzung der Gründungsmotive in den Stiftungszwecken der niedersächsischen Umweltstiftung	32
g.	Realisierung der Gründungsmotive bei der Stiftung Wald für Sachsen	32

h.	Umsetzung der Gründungsmotive bei den Körperschaftlichen Stiftungen Apollonia-Stiftung, Lavesstiftung, Stiftung Sachsen, Land der Ingenieure	33
aa.	Lavesstiftung	33
bb.	Apollonia-Stiftung	34
cc.	Stiftung „Sachsen, Land der Ingenieure“	34
2.	Ausstattungsversprechen	35
a.	Vermögensausstattung zur Erreichung des gewählten Stiftungszwecks	35
b.	Abgrenzung zwischen Kapital- und Einkommensstiftung	37
c.	Abgrenzung der Kapitalstiftung von der Anstaltsstiftung	39
d.	Die kommunalen Stiftungen	41
3.	Vermögensübertragung	41
a.	Begriff des Stiftungsvermögens und Abgrenzung zum Grundstockvermögen	41
b.	Vermögensübertragung und Ausstattung des Grundstockvermögens bei staatlichen Gründungen	43
c.	Vermögensübertragungen bei Mitgründungen unterschiedlicher juristischer Personen öffentlichen Rechts	43
d.	Vermögensübertragung bei der durch private Dritte gegründeten Stiftung	44
e.	Vermögensübertragung in kommunale Stiftungen	45
f.	Vermögensübertragung bei Körperschaftsstiftungen	45
4.	Steuerung der Stiftung privaten Rechts über die Stiftungsorganisation	46
a.	Rechtliche Vorgaben an die Stiftungsorganisation	46
b.	Die Stiftungsorgane, Bestellung, Aufgabenverteilung und Kompetenzregelungen	46
aa.	Stiftung Innovation und Arbeit	46
bb.	Stiftung Schloss Friedenstein	47
cc.	Stiftung Deutsches Hygienemuseum	48
dd.	Stiftung Wald für Sachsen	50
ee.	Stiftungen Leipziger Innovation und Technologietransfer sowie Stiftung Standortsicherung des Kreises Lippe	51
ff.	Steuerungsmöglichkeiten bei den Körperschaftlich gegründeten Stiftungen über die Stiftungsorganisation	53
	(1) Stiftung Sachsen, Land der Ingenieure	53
	(2) Lavesstiftung	53
	(3) Apollonia-Stiftung	54
IV.	Zwischenergebnis	55

Zweiter Teil

Anerkennung der Stiftung bürgerlichen Rechts als öffentlich-rechtliches Organisationsmodell

56

A.	Rechtliche Voraussetzungen der Inanspruchnahme der Rechtsform der Stiftungen bürgerlichen Rechts durch die öffentliche Hand; Verteilung der Verbandskompetenzen	56
I.	Stifterfähigkeit des Bundes und der Länder	57
1.	Stifterfähigkeit des Bundes und der Länder nach dem Grundgesetz	57
a.	Vereinbarkeit mit Art. 83 ff. GG	57
b.	Privatrechtliche Organisationsformen der bundeseigenen Verwaltung	58
c.	Stifterfähigkeit des Staates im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung	58
2.	Stifterfähigkeit der Länder nach Landesverfassungsrecht	59
a.	Niedersachsen	59
b.	Sachsen	59
c.	Nordrhein-Westfalen	60
3.	Formelle Rechtmäßigkeit nach einfachem Gesetzesrecht	60
a.	Landesstiftungsgesetze	60
b.	Kompetenztitel über die Regelungen zur Beteiligung des Staates an Unternehmen in Privatrechtsform in den Haushaltsordnungen der Länder	61
c.	Körperschaftliche Regelungen	62
II.	Stifterfähigkeit kommunaler Gebietskörperschaften	62
1.	Stifterfähigkeit kommunaler Gebietskörperschaften nach dem Grundgesetz und dem Landesverfassungsrecht	62
2.	Stifterfähigkeit kommunaler Gebietskörperschaften nach einfachem Gesetzesrecht	63
III.	Zwischenergebnis	65
IV.	Stifterfähigkeit des Staates nach dem BGB	67
1.	Zulässigkeit der Gründung einer Stiftung privaten Rechts durch natürliche Personen, §§ 81 Absatz 1 Sätze 1 und 4, 83 BGB	67
2.	Zulässigkeit der Gründung einer Stiftung privaten Rechts durch juristische Personen des privaten Rechts	67

3.	Anforderungen des BGB an die Gründung einer Stiftung privaten Rechts durch die öffentliche Hand – Die Lehre von der Freiheit der Formenwahl –	68
V.	Zwischenergebnis	72
VI.	Weitere verfassungsrechtliche Anforderungen an die Stiftungserrichtung durch juristische Personen öffentlichen Rechts	72
1.	Verlagerung öffentlicher Aufgaben durch den Bund und die Länder	72
a.	Verbandskompetenz	72
b.	Anforderungen des Rechtsstaats- und des Demokratieprinzips	73
aa.	Der Gesetzesvorbehalt und seine Reichweite bei der formellen und bei der materiellen Privatisierung staatlicher Aufgaben auf Stiftungen privaten Rechts	73
bb.	Das Demokratieprinzip unter haushaltsverfassungsrechtlichen Aspekten. Kontrollrechte des Parlaments durch Ausübung des Budgetrechts	79
2.	Verfassungsrechtliche Anforderungen bei der Privatisierung von Aufgaben durch andere Körperschaften des öffentlichen Rechts	85
3.	Verfassungsrechtliche Anforderungen bei der Übertragung von Aufgaben durch Kommunen	85
VII.	Zwischenergebnis	86
VIII.	Das Stiftungsgeschäft	87
1.	Gesetzliche Anforderungen an die Stiftungsverfassung	87
a.	Schriftform und inhaltliche Mindestbestandteile	87
aa.	Die Rechtsnatur des Ausstattungversprechens	88
(1)	Fiduziarische Treuhand	88
(2)	Schenkung	88
(3)	Zuwendung	89
bb.	Organisationsrechtlicher Inhalt des Stiftungsgeschäfts	90
b.	Weitere Regelungsmöglichkeiten für den Stifter	
Das Zweitorgan – der Beirat oder das Kuratorium		92
aa.	Rechtsstellung der internen Kontrollorgane	92
bb.	Kollisionslagen durch die Besetzung des internen Kontrollorgans mit Mitgliedern des Stifters	92
cc.	Externe Kollisionslagen mit der Aufsichtsbehörde	94
(1)	Rechtliches Verhältnis der Stiftung zur Stiftungsaufsicht	94
(2)	Inkompatibilitätsregelung im Verwaltungsverfahren	96

2.	Materielle Voraussetzungen an das Stiftungsgeschäft	97
a.	Gemeinwohlgefährdung	97
b.	Dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks – Autonomie der Stiftung	98
3.	Zwischenergebnis	98
B.	Entscheidung zur Anerkennung der öffentlich-rechtlichen Organisationsmodelle von Stiftungen privaten Rechts	98
I.	Rechtsnatur und Funktion der Anerkennung	99
II.	Formelle Rechtmäßigkeit der Anerkennung	99
III.	Zwischenergebnis	101
IV.	Materielle Rechtmäßigkeit der Anerkennungsentscheidungen	101
V.	Zwischenergebnis	104
C.	Rechtsfolgen der fehlerhaften Anerkennung	105
I.	Rechtsfolgen der zivilrechtlichen Mängel in den Stiftungsgeschäften für die Anerkennungsentscheidungen	105
II.	Öffentlich-rechtliche Unwirksamkeitsgründe für die Anerkennungsentscheidung und ihre Auswirkungen auf die Stiftungsserrichtung	105
Dritter Teil		
Rechtspolitischer Vorschlag für eine Stiftung als staatliches Organisationsmodell		107
A.	Einleitung	107
B.	Aktuelle Lösungsansätze in der Literatur	108
I.	Die privatrechtliche Staatsstiftung nach Kilian	108
II.	Die Bundesstiftung nach Müller	109

C. Übertragbarkeit der Organisationsstruktur der kommunalen Stiftung auf die staatlichen Stiftungsgründungen und -mitgründungen	111
I. Bedeutung der staatlichen Stiftungsgründungen im Vergleich zu den Zielsetzungen einer kommunalen Stiftungsgründung	111
II. Staatsaufgaben – Kommunale Aufgaben	112
1. Staatsaufgaben	112
a. Erkenntnisquellen für Staatsaufgaben	112
b. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Staatsaufgaben und ihre Grenzen	112
2. Kommunale Aufgaben	113
III. Zwischenergebnis	114
IV. Struktur der kommunalen Stiftung	114
1. Auffassungen in der Literatur	114
2. Vereinbarkeit der Struktur der kommunalen Stiftung mit dem Stiftungsbegriff	115
3. Demokratische Legitimation der kommunalen Stiftung	116
4. Vergleich mit der dauerhaften Zweckbindungen des Staates im Subventionsrecht und ihrer demokratischen Legitimation	117
V. Struktur eines staatlichen Organisationsmodells	118
Zusammenfassung	120
Literaturverzeichnis	127